

Handreichung

RECHTSPOPULISMUS/ RECHTSEXTREMISMUS¹ UND ÖKOLOGIE

ZUM HINTERGRUND. WELTWEITE UMWELTPROTESTE UND ANTIDEMOKRATISCHE POSITIONEN

Für Umweltprobleme wie globale Erwärmung, Entwaldung, Luft- und Wasserverschmutzung fordern Menschen überall auf der Welt politische Lösungen. Gegen die derzeitige Lähmung in der Klimapolitik und gegen den Verlust von Biodiversität gingen allein im Jahr 2020 Millionen von Jugendlichen rund um den Globus auf die Straße. Umweltthemen sind so politisiert wie lange nicht mehr und erfahren eine steigende gesellschaftliche Aufmerksamkeit.

Gleichzeitig erleben wir, dass antidemokratische Positionen von immer mehr Menschen geteilt und in der Öffentlichkeit ausgesprochen werden. Rechtspopulistische und rechtsextreme Netzwerke, Gruppierungen und Parteien gewinnen wieder an Zuspruch – auch in Deutschland. Einerseits zeigt sich dies durch Hetze und Gewalt auf der Straße, die sogar bis zum politisch motivierten Mord geht. Andererseits versuchen Rechte die eigenen Debatten zu intellektualisieren und auch linke Politikkonzepte aufzugreifen, um schwerer als Rechte identifiziert zu werden und so in der Zivilgesellschaft Fuß fassen zu können. Gelingt dies, werden Positionen und Forderungen der extremen Rechten teilweise von anderen Parteien übernommen. Mit Erfolg verschieben rechte Akteure und Akteurinnen den öffentlichen Diskurs nach rechts.

Was haben diese Entwicklungen miteinander zu tun?

Ökologische Fragen werden in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung zunehmend von der extremen Rechten aufgegriffen und zwar auf zweierlei Weise:

Einerseits leugnen viele rechte Akteure den menschengemachten Klimawandel – auch wenn es besonders in der nationalsozialistischen Szene auch gegenteilige Haltungen gibt². Die wissenschaft-

¹ Die Grenze zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist fließend, beide Strömungen werden in diesem Papier unter dem Begriff „rechts“ bzw. „extrem rechts“ zusammengefasst. Rechte Ideologien dienen dem Zweck, anti-emanzipatorische Politik zu legitimieren und das Individuum dem Kollektiv bzw. repressiven Sozialsystem unterzuordnen.

² Es ist schwer die diversen und unterschiedlichen rechten Gruppierungen, wie Kleinstparteien, Kameradschaften, Autonomen Nationalisten, rechte Musiknetzwerke, die AfD, soziale Bewegungen, Stiftungen und Verlage in einen Topf zu packen. Daher darf nie pauschalisiert werden und es kann auch sein, dass Menschen, die den Klimawandel nicht leugnen, Rechte sind.

liche und politische Beschäftigung mit dem Klimawandel wird von ihnen als bloße Hysterie oder als eine große Lüge abgetan und Gegenstrategien nicht für nötig erachtet. Mehr noch: Für Klimaleugner*innen gibt es keinen Grund, sich mit der herrschenden Wirtschaftsweise auseinanderzusetzen, in der einige Wenige auf Kosten von Natur, zukünftiger Generationen und der Mehrheit der Menschen im globalen Süden leben. Klimaleugner*innen haben, im Gegenteil, ein Interesse, dass alles so bleibt, wie es ist. Sie verteidigen ihre Privilegien durch Politiken der Ausgrenzung und Abschottung.

Andererseits werden Umweltthemen benutzt, um völkisches Gedankengut zu verbreiten. Es gibt mittlerweile kaum noch Umwelt- und Naturschutzthemen, die nicht auch von antidemokratischen Kräften besetzt werden. Auch rechte Akteure und Akteurinnen engagieren sich gegen das Artensterben und für Landschafts- und Tierschutz, protestieren gegen Gentechnik und Atomkraft, betreiben ökologischen Landbau, haben Interesse an nachhaltigen Energie- und Mobilitätskonzepten, an veganer Ernährung und fordern regionale Wirtschaftskreisläufe.

Von diesen gleichzeitigen Prozessen der Leugnung und der Vereinnahmung von ökologischen Themenfeldern sind auch demokratisch engagierte Natur- und Umweltschützer*innen betroffen. Dass die menschenverachtenden Positionen der rechten Akteure nicht immer auf den ersten Blick erkennbar sind, macht es kompliziert. Um rechte Ideologien im Natur- und Umweltschutz wirksam zu bekämpfen, gilt es, genau hinzuschauen und hinzuhören. Es braucht Aufklärung und das Wissen um Gegenstrategien und Handlungsmöglichkeiten.

Der Deutsche Naturschutzring sieht sich aufgrund seiner weltanschaulichen Offenheit in der Pflicht, sich menschenverachtenden und ausgrenzenden Strömungen anzunehmen und sich ihrer Ausbreitung im Natur-, Umwelt- und Tierschutz entgegenzustellen. Das vorliegende Grundlagenpapier liefert einen ersten Überblick über die Debatte und möchte den Austausch über und die Offenlegung von rechtspopulistischen und rechtsextremen Versuchen, im Natur- und Umweltschutz Fuß zu fassen, unterstützen. Es werden weitere Informationspapiere folgen, in denen einzelne Themen vertiefend behandelt werden.

1. Welche rechtsextremen, rechtspopulistischen und völkischen Akteure engagieren sich im Natur- und Umweltschutz?

Wir haben es mit einem breiten rechten Spektrum aus Parteien, nichtparlamentarischen Organisationen, Netzwerken, Vereinen und Bewegungen zu tun, die Umwelt- und Naturschutzthemen aufgreifen. Die Übergänge zwischen rechtspopulistischen und rechtsextremen Strömungen sind dabei fließend und nicht immer klar.

→ Bereits seit ihrer Gründung 1964 widmet sich beispielsweise die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) agrar- und umweltpolitischen Themen. Als die NPD, die nach ihrem Einzug in die Landesparlamente in Bremen, Hessen, Bayern und Baden-Württemberg in den 1960er Jahren in den Folgejahren an Bedeutung verloren hatte, in Sachsen 2004 erstmals seit Jahrzehnten wieder in einen Landtag einzog, übernahm sie dort den Fachausschuss für Umwelt und Landwirtschaft. In Bayern griff die NPD im Wahlkampf 2008 das Thema Agro-Gentechnik auf und forderte den „Boycott von genveränderten Lebensmitteln“ sowie die „Ausweisung des gesamten Freistaates Bayern als gentechnikfreie Zone“.

- Auch die rechtsextreme Kleinstpartei „Der dritte Weg“ fordert in ihrem aktuellen Zehn-Punkte-Programm u.a. „eine ökologisch verträgliche Landwirtschaft“, eine „Reduzierung des Fleischverzehrs“ sowie die „Erforschung, Weiterentwicklung und Förderung alternativer Energien“ und solidarisierte sich 2018 mit den Aktivist*innen im Hambacher Forst.
- Alle Parteien der extremen Rechten verstehen „Umweltschutz als Heimatschutz“ – so auch die Alternative für Deutschland (AfD). Die AfD ist jedoch insofern ein Sonderfall, als dass sie gleichzeitig zum Kreis der Klimakrise-Leugner*innen gehört und laut Grundsatzprogramm Schluss machen will mit Klimaschutzpolitik. Ihre Aussagen stützt die AfD auf die pseudowissenschaftlichen Aussagen des in Jena ansässigen Vereins „EIKE – Europäisches Institut für Klima und Energie“, dessen Leitspruch lautet: „Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit!“ Zu den Positionen der AfD im Spannungsfeld von Klimaleugnung einerseits und dem Verständnis von Umweltschutz als Heimatschutz in Verbindung mit einer Anti-Einwanderungspolitik andererseits wird es ein gesondertes Informationspapier geben.

Rechtspopulistische und rechtsextreme Medien

Die Positionen der Parteien werden nicht nur in Grundsatzprogrammen, sondern auch in Blogs im Internet verbreitet. Auf *YouTube* finden sich NPD-Videos zu Natur- und Heimatschutz. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass eine sehr kleine Zahl von rechten Bloggern eine große Reichweite entfaltet. Neben Internetmedien dienen verschiedene Zeitschriften wie die Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* oder die NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* der Verbreitung. Auch andere neu-rechte Zeitschriften wie *Sezession*, *Recherche D* oder das Online-Magazin *Blaue Narzisse* schreiben vermehrt über Umwelt- und Naturschutzthemen. Fast immer lautet der Subtext: Naturschutz ist Heimatschutz und deshalb auch Volksschutz. Jüngst erschienen im rechten Wirtschaftsmagazin des Vereins Recherche Dresden die „7 Thesen für eine konservativ-ökologische Wende“, in denen die „Überbevölkerung“ als „die Mutter aller Umweltprobleme“ bezeichnet wird. Verfasser ist der Journalist Felix Menzel, der dem von Götz Kubitschek gegründeten rechtsextremen Institut für Staatspolitik nahesteht.

Gleichzeitig wird zum Beispiel in Magazinen wie *Compact*, das als Sprachrohr der AfD und der islamfeindlichen Pegida-Bewegung gilt, nicht nur der Klimawahn verspottet, sondern auch gegen die Fridays for Future-Bewegung sowie gegen „grüne“ Politiker*innen, Migrant*innen und Klimawissenschaftler*innen gehetzt.

Die wichtigste umweltpolitische Publikation der rechten Szene ist das Magazin „Umwelt & Aktiv“, das seit 2007 erscheint. Neben Tipps etwa zur Dachbegrünung finden sich in dem Magazin, das der NPD nahesteht, Aussagen wie die, dass Migration zur Flächenversiegelung in Deutschland beitrage und damit auch verantwortlich sei für das Artensterben. Auch rückwärtsgewandte Geschlechterbilder eines biologistischen Weltbildes werden hier propagiert, nicht zuletzt um „dem völkischen Selbstmord den Kampf an(zu)sagen“, und mit Natur-, Heimat- und Tierschutzthemen verwoben.

Von esoterischem zu identitärem Naturschutz

Bezug auf Umweltthemen nehmen neben Parteien, Zeitschriften und Verlagen (z.B. Antaios, Jung-europa) der extremen Rechten auch die verschiedenen rechten Bewegungen. So rief Martin Sellner, Kopf der Identitären Bewegung Österreichs, jüngst auf seinem Videoblog aus, dass Umweltschutz identitär sei und nichts, aber auch gar nichts mit „Multi-Kulti, Masseneinwanderung und Globalisierung“ zu tun habe. Die Identitäre Bewegung, die sich als neu-rechte, aktionsorientierte Jugendbewegung modern und widerständig gegen Migrationsbewegungen gibt, unterstützt nicht nur regionale Wirtschaftskreisläufe und vertreibt „identitäres Bier“. In Person von Philip Stein, der auch Geschäftsführer des Vereins „Ein Prozent für unser Land“ ist, treibt die neue Rechte auch das Projekt „Landraum“ voran. Ziel des Projektes ist der Aufbau sogenannter „patriotischer Leuchttürme“ in strukturschwachen ländlichen Regionen. Auf der Website kann man erfahren, dass es derzeit sechs Zielregionen gibt und erste Familien umgesiedelt wurden.

Jenseits dieses Projektes gibt es mittlerweile mehrere Tausend völkische Siedler*innen in Deutschland, die zum Teil in Traditionslinie zum faschistischen Bund Artam als Ökobäuer*innen und Handwerker*innen Gutshöfe kaufen und sich vor allem in entlegenen Regionen ansiedeln. Sie pflegen dort traditionelles Brauchtum, engagieren sich in lokalen Vereinen und in der Kommunalpolitik, warnen vor dem „großen Bevölkerungsaustausch“ durch Migration und verbinden Natur- und Landschaftsschutz mit Schutz von „Heimat“ und „Volksgesundheit“ (Röpke/Speit 2019).

Auch im natur-spirituellen Bereich, in dem ein naturnahes Leben befürwortet wird, tummeln sich neu-rechte, völkische Akteure und Akteurinnen, wenn auch in vergleichsweise kleiner Zahl – etwa die rassistische „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft“, der antisemitische „Bund für Gotterkenntnis – Ludendorff“ oder die Anastasía-Anhänger*innen. Bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass hinter der esoterischen Anastasía-Bewegung, die als Selbstversorger*innen sogenannte Familienlandsitze errichten und ökologische Landwirtschaft betreiben, keine naturnahen Aussteiger*innen stehen. Hier finden sich vielmehr Reichsbürger*innen, Holocaustleugner*innen und Sympathisant*innen der Identitären Bewegung. Zudem werden Wahlempfehlungen für die AfD ausgesprochen.

Überhaupt ist die rechte Szene gut vernetzt, immer wieder lassen sich personelle Überschneidungen finden. Anastasía-Aktivist*innen aus Grabow beispielsweise stellten ihren Landsitz für ein Zeltlager des *Sturmvogels*, eines völkischen Jugendbundes, der sich 1987 von der mittlerweile verbotenen neo-nazistischen *Wiking-Jugend* abspaltete, zur Verfügung.

2. Motive und Ziele: Welche Beweggründe haben extrem rechte Akteur*innen, sich im Natur- und Umweltschutz zu engagieren?

Viele Rechte haben erkannt, dass die Landnahme, die schleppende und mühselige Wiedergewinnung der Natur- und Umweltthemen nicht nur eine Option unter vielen darstellt, sondern dass ihr elementare Wichtigkeit innewohnt – so die Einschätzung des rechtsextremen Aktivisten Philip Stein. Die Vereinnahmung von Natur- und Umweltthemen durch Akteure und Akteurinnen der extremen Rechten hat unterschiedliche Motive und verfolgt mehrere Ziele.

Erstens wird der Natur- und Umweltschutz von antidemokratischen Kräften als originär rechtes Thema verstanden. Man bezieht sich dabei auf die Anfänge der ökologischen Wissenschaft und Bewegung. Folglich geht es um Rückeroberung des Themenfeldes als identitätsstiftendes Moment.

Zweitens sind Natur- und Umweltthemen in der Bevölkerung populär, mit ihnen können rechtsextreme Akteure und Akteurinnen Sympathie gewinnen und ihr Image verbessern.

Drittens besteht über das konkrete Engagement in lokalen Naturschutzinitiativen oder bei Protestkampagnen gegen Gentechnik in der Landwirtschaft oder gegen den Braunkohleabbau genau wie beim Engagement in lokalen Naturschutzvereinen für rechte Akteure und Akteurinnen die Möglichkeit, sich potenziellen Wählergruppen abseits der politischen Bühne zu nähern – nämlich im Alltag und Privatbereich von Menschen gerade durch das gemeinsame Tun. „Ich muss immer erst durch meine Person und meine Argumentation überzeugen und dann als 'Aha-Erlebnis' die Katze aus dem Sack lassen und mich zur NPD bekennen“ – so beschrieb Udo Voigt, der von 1996 bis 2011 Parteivorsitzender der NPD war, im Interview in der *Deutschen Stimme* im August 2003 diese Strategie (zit. nach Theilmann/Striegel 2009).

Viertens greift die extreme Rechte Natur- und Umweltschutzthemen auf, um ihre rassistischen und völkischen Ideologien in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Rechte Atomkraftgegner*innen lehnen Atomkraft ab, weil sie „dem Erbgut des deutschen Volkes“ gefährlich werden könnte – nicht etwa, weil sie für alle Menschen riskant ist und künftigen Generationen ein ungelöstes Problem überlassen wird. Rechte Tierschützer verurteilen das Schächten, also das rituelle Schlachten von Tieren ohne Betäubung aufgrund religiöser Vorgaben, vor allem deshalb, weil sie damit Muslime und Juden als Tierquälerei diffamieren können – nicht aus Gründen des Tierschutzes. Und die ehemalige Schweriner NPD-Fraktion warnte vor „polnischen Piratenfischern“, die die Existenz der deutschen Fischer bedrohen würden – es ging ihnen dabei nicht um die Überfischung der Ozeane weltweit. Ausgrenzung, Abschottung, Absage an die Freiheit des Einzelnen sowie die Ablehnung der Anerkennung der Würde aller Menschen und ihre Gleichheit sind hier die zentralen Leitmotive, Natur- und Umweltschutz bilden dafür nur das Vehikel.

Schließlich ist es fünftens auch der Wunsch, diese Überzeugung in die Praxis umzusetzen, die Rechtsextreme zur Beschäftigung mit Umweltthemen motiviert: Völkische Siedler*innen und rechte Ökos „wollen mit ihren Familien auch ihre völkisch-nationalistische Weltanschauung praktisch leben, ihre Kinder in der Natur und in ihrem Geiste erziehen, Brauch- und Volkstum wiedererwecken und oft Naturreligiosität ausleben“ (Röpke/Speit 2019). Neonazis im Wendland züchten alte Tierrassen und sind der Überzeugung, dass es auch Menschenrassen gebe, die jeweils einem spezifischen Lebensraum zugeordnet seien. Sie verkennen dabei – bewusst, unbewusst oder ideologiegeleitet –, dass es keine Menschenrassen gibt. Hier ist sich die Biologie seit langem einig. Dennoch werden biologistische Argumente herangezogen, um Menschengruppen auszugrenzen und eine Blut- und Bodenideologie zu verbreiten.

Die Idee, dass es eine Einheit zwischen einem rassistisch definierten Volkskörper mit seinem Siedlungsgebiet gibt, bezeichnet man als „Blut und Boden“-Ideologie; dass jedes „Volk“ auch auf dem für ihn bestimmten und ihn hervorbringenden Lebensraum bleiben solle, als „Ethnopluralismus“. Johannes Melchert vom Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen geht davon aus, dass es für Blut-und-Boden-Ideologen geradezu ein zwingender Gedanke sei, „dass ein gesundes Volk auch

eine gesunde Natur brauche“ (zit. n. Staud 2015). Umweltschutz gilt als Instrument zum Erhalt und zur Entwicklung „der biologischen Substanz des Volkes“ und zur „Förderung der Gesundheit“ – wie es im Programm der rechtsextremen Partei „Der dritte Weg“ heißt. Die unter rechten Akteuren und Akteurinnen weitverbreitete Parole „Naturschutz ist Heimatschutz“ ist damit alles andere als harmlos. Sie steht für die Bekämpfung alles vermeintlich Fremden, als Bollwerk gegen vermeintliche „Überfremdung“ und „Umvolkung“. Das heißt, wenn die extrem Rechte sich aus Überzeugung für Natur- und Umweltschutz einsetzt, dann wird damit immer zugleich ein Gesellschafts- und Menschenbild transportiert, das von völkischem Gedankengut durchtränkt, rassistisch und menschenfeindlich ist.

3. Themenfelder, in denen es sichtbares Engagement von rechten Akteuren und Akteurinnen gibt

Aus den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, dass die Themenfelder, in denen es sichtbares Engagement von rechten Akteuren und Akteurinnen gibt, eine enorme Bandbreite abbilden: Angefangen vom Schutz des „deutschen“ Waldes, über Postwachstum und regionale Wirtschaftskreisläufe, ökologischen Landbau inklusive Permakultur, Gentechnik, Tierschutz, Biodiversität/ Artenschutz (inklusive Neobiota), Klimaschutz, Flächenversiegelung, Landschaftsschutz bis hin zu Bevölkerungswachstum. FARN hat in seinen Publikationen viele dieser Themen auf rechte Einflussnahme untersucht. Weitere sollen in Kooperation mit diversu aufgearbeitet werden. Im Folgenden werden daher nur exemplarisch an drei Themen Argumentationslinien rechter Akteure und Akteurinnen sowie erste Gegenargumente aufgezeigt.

Von zugewanderten Arten zu zugewanderten Menschen

Das Konzept der „biologischen Invasion“ und die Debatte um Neobiota im Naturschutz sind wegen der verwendeten Begriffe missbrauchs anfällig für rechtsextremistische, fremdenfeindliche Argumentationen. Neu eingewanderte und damit „gebietsfremde“ Pflanzen- und Tierarten werden ebenso abgelehnt wie „fremde“ oder „andersartige“ Menschen, die nicht als Teil der „Volksgemeinschaft“ anerkannt werden. Nach Ansicht rechtsextremer Naturschützer*innen muss die außermenschliche Natur in ursprünglicher Form erhalten bleiben. Denn nur diese fungiere als Grundlage für die Persönlichkeits- und Gesellschaftsstrukturen des „Volkes“. Neobiota hingegen würden dies unterlaufen und die Reinheit der Ursprungsnatur verfälschen. Problematisch in diesem Zusammenhang sind die bewusst genutzten Biologismen, in denen naturschutzfachliche Argumente eines konservativen Naturschutzes auf die Gesellschaft übertragen werden. Fakt ist, Neobiota sind eine der wichtigen Ursachen des Artensterbens weltweit. Es muss jedoch in der Verwendung des Neophytenbegriffs konsequent herausgearbeitet werden, welcher Bezugsrahmen herangezogen wird: Wird hier naturwissenschaftlich argumentiert oder beruht die Unterscheidung von heimischen Arten auf einer exklusiven kulturellen Vorstellung von Heimat?

Eine pauschale Verurteilung von Neobiota ist dabei nicht angemessen, sondern muss durch ökologische Kriterien ersetzt werden, normative Grundannahmen sollten klar thematisiert und reflektiert werden.

Im Naturschutz muss auf eine Sprache verzichtet werden, die einen fremdenfeindlichen Eindruck weckt oder bestärkt; Bezeichnungen wie *fremdländische*, *gebietsfremde*, *nichtheimische* Arten sind zu vermeiden.

Ökologische Argumente dürfen nicht auf gesellschaftliche Entwicklungen übertragen werden.

Von der ökologischen Landwirtschaft zum rechten Biedermeier

„Wir müssen die verlorengegangene Gemüse- und Obstvielfalt wiederherstellen und hier einen höheren Selbstversorgungsgrad erreichen“ fordert der neu-rechte Aktivist Felix Menzel im Dossier zu Ökologie und Ökonomie von Recherche Dresden im November 2019. Die Idee rechtsextremer Akteure und Akteurinnen, dass eine möglichst regionale und ökologische Versorgung einerseits für Unabhängigkeit von anderen Ländern bzw. „fremden Mächten“ und andererseits „wohltuend“ für den rassistisch definierten Volkskörper Sorge, ist altbekannt und verbreitet. Schon zur Zeit des Nationalsozialismus gab es völkische Bauernverbände wie die Artamanen-Bewegung, die auch bei der „Eindeutschung“ besetzter Länder eingebunden wurden. Auch heute setzen sich extrem rechte Parteien für eine regionale und ökologische Landwirtschaft ein, völkische Nationalist*innen betreiben Biohöfe und neu-rechte Theoretiker*innen nehmen positiv Bezug auf die Agrarpolitik des NS-Regimes. Das ist kein Zufall, sondern zeigt die historische Kontinuität. In der völkischen Vorstellung einer organischen Verbundenheit von Mensch und Natur, von „Volk und Raum“ oder eben von „Blut und Boden“ ist der Ökolandbau konsequent gesehen die einzige Lösung. Gleichzeitig wird mit einer Argumentation von „Verwurzelungen“ Migrationsfeindlichkeit und Rassismus ökologisch begründet.

Der Anschlussfähigkeit des Ökolandbaus für rechte Ideologien könnte etwas entgegengesetzt werden, wenn die globale Perspektive des regionalen Handelns hervorgehoben werden würde. Es geht um die Verhinderung von Naturzerstörung und um die Sicherstellung eines menschenwürdigen Lebens für alle Menschen weltweit – und nicht nur um eine Abgrenzung von der fremden Welt.

Umweltzerstörung durch Bevölkerungswachstum

Die Position, dass Bevölkerungswachstum verantwortlich für Naturzerstörung sei, dass es einen Bevölkerungsrückgang brauche und dafür Bevölkerungskontrollpolitik nötig sei, findet sich in zahlreichen Publikationen aus dem Themenfeld Nachhaltigkeit und Ökologie – nicht nur bei Akteuren und Akteurinnen der extremen Rechten. Diese Argumentation ist nicht neu, sondern lässt sich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Hier ist ein genereller Perspektivwechsel angezeigt, der sich in aller Deutlichkeit von einer Tragfähigkeitskonzeption verabschiedet, die optimale Bevölkerungszahlen erreichen will bzw. für errechenbar hält. Stattdessen muss die Aufmerksamkeit von der individuellen auf die strukturelle Ebene und damit auf die naturzerstörerischen Folgen des derzeitigen Wirtschaftsystems gelenkt werden. Rechte Akteure und Akteurinnen messen darüber hinaus mit zweierlei Maß: Einerseits erklären sie das Bevölkerungswachstum in „Schwellen- und Entwicklungsländern“ zum größten Problem für den Umweltschutz und wollen „Entwicklungshilfe“ an strikte Bevölkerungskontrollpolitik koppeln. Andererseits fordern sie für Deutschland „die konsequente Förderung von kinderreichen Familien“, um der angeblichen „Überfremdung“ entgegenzuwirken und den „drohenden

Volkstod“ abzuwenden. Solche rassistischen Vorstellungen, dass die einen zu viel, die anderen zu wenig seien, sind nicht nur ethisch problematisch, sondern auch fachlich falsch: So sinken die Wachstumsraten des Bevölkerungswachstums stetig ab, während der Klimawandel weiter zunimmt. Die höchsten Wachstumsraten zeigen derzeit die Länder mit dem geringsten CO₂-Ausstoß pro Kopf. Schaut man sich Wachstumsraten an, wird schnell deutlich, dass das Wirtschaftswachstum und nicht das Bevölkerungswachstum die ökologische Katastrophe antreibt. Und das ist besonders hoch, in den alten vom “weißen Mann“ geprägten Industrienationen.

Wie reagieren wir auf die Rechten?

Demokratische Errungenschaften sind nicht unantastbar, sie müssen permanent verteidigt werden. Der demokratische Pluralismus erfordert gerade eine entschlossene Abwehr von Positionen, die diesen Pluralismus abschaffen wollen. Eine weltoffene Gesellschaft muss immer wieder aktiv hergestellt werden und erfordert die permanente Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir zusammenleben und gesellschaftliche Naturverhältnisse gestalten wollen. Die Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände sind eine einflussreiche zivilgesellschaftliche Kraft. Genau deshalb und weil wir häufig auch im ländlichen Raum aktiv sind, bieten wir für rechte Unterwanderung ein vermeintlich attraktives Ziel.

Was also tun, wenn rechtsextreme Akteure Futtermittel spenden (wollen)? Wenn Menschen plötzlich nicht nur über Permakultur reden, sondern einem in Reichsbürgermanier erklären, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht existiere? Oder wenn sich herausstellt, dass der Koordinator der Anti-Genetik-Kampagne ein NPD-Mann und Anhänger des „Ethnopluralismus“ ist? Wenn eine neue Umweltgruppe gebildet werden soll und ein Gründungsmitglied fragt, wie man denn sicherstelle, dass keine Türken dabei wären?

Dann heißt es, nicht schweigen, sondern eine Gegenposition beziehen. Menschenverachtende, rassistische, völkische Ideologien haben im demokratischen Natur- und Umweltschutz keinen Platz. Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wichtig ist dabei, sich gegenseitig zu ermutigen und sich gegenseitig zu helfen. Jede und jeder trägt dabei Verantwortung und muss sich gegen menschenverachtende Ideologien stellen. Nachbar*innen und Freund*innen, aber auch Mobile Beratungsteams gegen Rechts, Opferberatungsstellen, antirassistische Vereine oder auch die Naturschutzverbände können Anlaufpunkte sein.

Eine klare gemeinsame Position für einen weltoffenen Naturschutz kann gelingen, weil wir Natur- und Umweltschutzverbände eine starke Aushandlungstradition aufgebaut haben. Wir müssen uns als Demokratieträger und Demokratiebildner verstehen, wenn wir die antidemokratischen und menschenverachtenden Argumente (er)kennen, wenn wir Gegenargumente und Handlungsstrategien anwenden. Nur dann sind wir ein mächtiger Gegenpol. Wenn die elf Millionen Menschen, die allein über den Deutschen Naturschutzring im Naturschutz engagiert sind, sich nicht vereinnahmen lassen, dann können wir der beabsichtigten Diskursverschiebung nach rechts wirksam etwas entgegensetzen.

4. Wer kann helfen?

Neben vielen Initiativen und Arbeitsstrukturen vor Ort samt den Kirchen bieten fast alle Landeszentralen für politische Bildung Hilfen und Informationsmaterial an. Beispiele:

→ FARN

www.nf-farn.de

→ Amadeu Antonio Stiftung

www.amadeu-antonio-stiftung.de

→ Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinlandpfalz

umdenken.rlp.de/de/themen/naturschutz-gegen-rechtsextremismus/

→ Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus

bei Unterwanderungsversuchen und Vorfällen als mobile und schnelle Ansprechpartner*innen,
www.bundesverband-mobile-beratung.de

5. Was kann zur Vertiefung gelesen werden?

Eine umfangreiche Literaturliste kann über die Homepage von www.diversu.org und www.nf-farn.de bezogen werden.

Bundeszentrale für politische Bildung: Online-Dossier zu rechter Ökologie,

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211915/oekologie

Geden, Oliver (1999): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus.

Berlin: Elefanten Press.

Heinrich, Gudrun/ Kaiser, Klaus-Dieter/ Wiersbinski, Norbert (2015): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten.

BfN-Skripten 394, Bonn, online verfügbar:

www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/skript394.pdf

Heinrich-Böll-Stiftung: Braune Ökologen, online verfügbar:

www.boell.de/sites/default/files/braune-Oekologen.pdf

Röpke, Andrea/ Speit, Andreas (2019): Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos.

Berlin: Ch. Links Verlag

Staud, Toralf (2015): Grüne Braune,

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211922/gruene-braune

Theilmann, Susanne/ Striegel, Sebastian (2009): Dossier Gentechnik und Rechtsextremismus. Nazis im Maisfeld – Agro-Gentechnik und Rechtsextremismus. Hrsg. vom Informationsdienst Gentechnik,

[www.keine-gentechnik.de/dossiers/rechtsextremismus/Grüne Braune,](http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/rechtsextremismus/Grüne_Braune)

www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/211922/gruene-braune

Förderhinweis:

Dieses Grundlagenpapier wurde im Rahmen des Projektes „Rechte Landnahme (ReLa)“ von diversu e.V. – Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit in Kooperation mit FARN erarbeitet. Das Projekt wird gefördert durch das Umweltbundesamt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Die Mittelbereitstellung erfolgt auf Beschluss des Deutschen Bundestages.



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.

